

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Postamtstraße 33.
Anzahl der Abonnenten
Wochentags 10—12 Uhr.
Sonntags 4—9 Uhr.

Die in diesem Blatte enthaltenen
Anzeigen sind für die Abonnenten
kostenlos.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

In den Filialen für den Verkauf:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Südliche Ecke, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/8 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 315.

Dienstag den 11. November 1879.

73. Jahrgang.

Auslage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Portofreio 5 M.,
wenn die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagblätter 10 Pf.
Gebühren für Anzeigen
sind nachfolgendermaßen
mit Postbefreiung 48 Pf.

Jahrespreis 16 M.,
wenn die Post bezogen 17 M.
Werbung im Text und
Werbung in Tabellen
nach besonderem Tarif.

Rechnungen unter dem Rubrications-
buch der Poststelle 48 Pf.
Zusätze sind stets anzugeben
zu machen. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptem
oder durch Postbefreiung.

Bekanntmachung.

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betr.

Diejenigen Eltern, welche für Okt. 1880 von Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei und nachgelassen geblieben sind, haben ihre Gesuche von jetzt an bis spätestens den 22. dieses Monats auf dem Rathhause in der Schulspedition, 2. Stage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr persönlich anzubringen und die ihnen vorzuliegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig die Zeugnisse über das Alter des anzunehmenden Kindes und den Impfschein vorzulegen. In die untere Klasse der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche zu Okt. 1880 das sechste Lebensjahr vollendet und das Neunte noch nicht überschritten haben. Kinder, welche schon einige Jahre Schulunterricht genossen haben, können, soweit noch Raum vorhanden, in die oberen Klassen der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, am 8. November 1879.

Der Schulausschuss der Stadt Leipzig.

Dr. Panig. Behnert.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der Ueberdachung der im Mühlholze bei Sonnenhügel gelegenen drei Filterbecken der Stadtwasserleitung ist beendet und werden die unbedrängten Herren Bewerber hiervon in Kenntniss gesetzt.

Leipzig, am 6. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Geor. Wangemann.

Die Eisenbahn-Vorlagen im preussischen Abgeordnetenhause.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Raybach, ist durch die Generaldebatte des Reichstages gezwungen gewesen, sich schon jetzt über die wesentlichen Gründe auszusprechen, welche nach seiner Meinung den Uebergang zum Staatseisenbahnsystem in Preussen erheischen. Er erklärt u. A., daß die Rentabilität der Bahnen nicht in erster Linie stehe, sondern vor Allem deren Nützlichkeit in Betracht komme, und vergleicht sie in dieser Hinsicht mit den Festungen des Landes.

Nicht nur im Abgeordnetenhause, sondern auch außerhalb desselben müssen diese Auffassungen des Ministers, die sich so wenig mit den constitutionellen Grundgesetzen vereinigen, einen niederschlagenden Eindruck hervorzurufen. Man sagt, daß es die erste Aufgabe der Landes-Verwaltung sei, die Kontrolle über die Finanzen des Landes zu wahren. Was ist diese Pflichterfüllung möglich, wenn der Minister Raybach über die Verheerung der Eisenbahnen und deren Zukunft Aufstellungen macht, die der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt (sich) entgegenstehen? Es handelt sich bereits jetzt um Verrechnung der vom Staat zu erwerbenden Bahnen um die Verzinsung eines Anlagecapitals von mehr als 2500 Millionen Mark, und die unabwendliche Uebernahme der übrigen großen Privatbahnen in Preussen zieht die Verrechnung des zu verzinsenden Anlagecapitals um weitere 1500 Millionen Mark nach sich. In jedem anderen constitutionellen Staat würde die Proclamation des Grundgesetzes, welchen der Minister Raybach aufstellt, auf allgemeinen entschiedenen Widerstand stoßen; die jetzige Lage im Abgeordnetenhause aber scheint jeden Gedanken der Ablehnung der Regierungsvorlagen auszuschließen. Meint doch sogar der Führer des Centrums, Abg. Windthorst, daß das Centrum den Eisenbahnvorlagen gegenüber vor „abgeschlossenen Verhandlungen“ stehe und es sich frage, ob es ratsam sei, diese zu befechtigen. Die häufigen Verleumdungen, mit welchen die Rechte die Rede des früheren Segners begleitet, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, wie sehr sich die Mehrheit des Hauses gegenüber diesen Vorlagen empfindet.

Die für den Dienstag auf die Tagesordnung gestellte Generaldebatte über die „Gesetzesentwürfe, betreffend die Erweiterung mehrerer Privatbahnen durch den Staat“ wird hauptsächlich völlige Klärung darüber verschaffen, ob es im Interesse des Staates thöricht ist, die finanzielle Seite der politischen Vorlagen zu lassen. Der Annahme ihres Projectes ist die Regierung so gut wie sicher. Innerhalb der beiden conservativen Fraktionen wird kaum Jemand mit „Nein“ stimmen. Von den früheren Freiconservativen hat sich der Eine oder Andere, der sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht mit dem Staatseisenbahnsystem befassen konnte, gerade wegen der Eisenbahnvorlagen nicht wieder wählen lassen. Die Nationalliberalen stimmen mit zwei Drittel-Mehrheit ihrer Fraktion für den Ankauf der Bahnen. Das Centrum wird, trotz der Windthorst'schen Einflüsse, vielleicht mit der kleineren Hälfte seiner Mitglieder gegen die Vorlagen sich erklären. Entschiedenem Widerspruch werden nur die Fortschrittspartei und einige Mitglieder der Gruppe Lüne leisten, vor Allen der Abgeordnete Berger, der sich in dieser Frage im Gegensatz zu seinem Collegen Dr. Lüne befindet. Ueber die Stellung, welche die Polen eingenommen, verläutet wenig; sie scheinen die Politik des Centrums befolgen zu wollen.

Die Hauptredner der Opposition werden wahrscheinlich Richter und Berger, vielleicht auch Richter. Das Volk, der bekanntlich ein principielles Freund des Staatseisenbahnsystems ist, noch in dieser Session in den Landtag kommen sollte, dazu ist wohl jede Aussicht geschwunden. Wohl wird für

den Ankauf der Bahnen sein, aber nach seiner bekannten Denkhaltung Rede von der Regierung die nötigen Garantien fordern. Ob Herr v. Bennigsen in die Diskussion eingreifen wird, hängt jedenfalls von der Befassung ab, welche dieselbe annimmt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. November.

Die Frage wegen Befetzung der Stelle des Staatsministers v. Bismarck und die damit zusammenhängende Botschafterkrise hat ihr Ende erreicht und Alles bleibt vorläufig beim Alten. Als hauptsächlichster Grund dafür wird von der „Allg. Ztg.“ angegeben, daß Fürst Hohenlohe auf dem Pariser Botschafterposten verbleiben nicht zu ersehen sei. Er hat sich bei der französischen Regierung und der Pariser Gesellschaft unter schwierigen Umständen eine verhältnismäßig gute Stellung gemacht und genießt das besondere Vertrauen des Reichskanzlers an einem Orte, wo dieser so viele unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Fürst Bismarck will erst nach Beendigung seines Urlaubs, der sich wohl noch ziemlich weit in das nächste Jahr hinein erstrecken wird, die Sache wieder vornehmen. Uebrigens ist Graf Stolberg, wenn er seine Stelle als Botschafter niederlegen sollte, nicht geneigt, auf Neue einen Botschafterposten anzunehmen. Im Auswärtigen Amte dauert also das Prestoformium fort und wird geleitet durch die Herren Graf Stolberg, v. Philippborn, v. Radomsky und Daker.

Unsere Beziehungen zu Rußland, sagt die „Allg. Ztg.“, haben sich neuerdings, wie mehrfach erwähnt, irrtümlich und fremdlich gestaltet. Unser Kaiser hat nicht unterlassen, in Petersburg Kundgebungen, die durch seine Genehmigung des Wiener Abkommens Nichts verändert sei in seiner freundschaftlichen Gesinnung gegen Rußland und dessen kaiserliche Familie. Auch Kaiser Alexander hat auf mehrfache Weise gezeigt, daß er das freundschaftliche Verhältnis zu seinen Berliner Verwandten als ungestört betrachtet. Ein neuer Beweis dafür ist es sein, wenn es sich bestätigt, daß der Großfürst Thronfolger von Osmanen, wofür er sich zu einem Besuch seiner Verwandten, der königlichen Familie von Hannover, begeben hat, die Rückreise nach Petersburg über Berlin nehmen und hier mehrere Tage verweilen werde. Er verweigert sich übrigens gegen die deutschfeindliche Gesinnung, die ihm zugeschrieben wird.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Zar beschlossen habe, die Reise nach Cannes anzugehen. Die Mittheilung dieses Beschlusses erfolgte sowohl an die Kaiserin nach Cannes als nach Berlin. Deshalb wurden hier wie in Frankreich die Vorbereitungen der Sicherheitsbehörden für den Empfang des Czaren eingestellt, Vorbereitungen, welche diesmal auf den besonderen Wunsch der russischen Polizei einen größeren Umfang als sonst annehmen sollten, um die persönliche Sicherheit des russischen Monarchen nach allen Seiten hin zu gewährleisten. Wie es heißt, entzieht sich ein Theil der Gründe, welche den Kaiser von Rußland zu dem Entschlusse bestimmt haben, seine Reisepläne anzugehen, der öffentlichen Besprechung. Immerhin mag auch der Ankauf in Betracht gezogen worden sein, daß Fürst Bismarck, dessen Unwohlsein gerade in den letzten Tagen sich gesteigert hat, an der Bewillkommung des russischen Herrschers behindert ist. So läßt es sich erklären, daß in den der russischen Diplomatie angehörenden Kreisen die Meinung vorherrscht, daß der Besuch des Großfürsten Wladimir und mehr noch die Anwesenheit des Thronfolgers am Berliner Hofe als Ersatz für die unterbliebene Reise des Czaren gelten können.

Es wird noch immer bezweifelt, daß der Herzog von Cumberland den ihm vielfach erteilten Rath befolgend auf sein Thronrecht in Hannover

verzichtet und sich dadurch in den Besitz der in den Kellern des königlichen Schlosses zu Berlin aufbewahrten 16 Millionen Thaler setzen werde. Wenn der alte Herzog von Braunschweig stirbt, so wird der Herzog von Cumberland auch ohne den Welfenfonds zu den reichsten Fürsten gehören.

In Folge der drohenden kriegerischen Vermittlungen zwischen China und Japan soll die Admiralität beschloffen haben, das dortige deutsche Geschwader durch zwei Kriegsschiffe, eine Corvette und ein Kanonenboot, zu verstärken. In militärischen Kreisen spricht man viel davon, daß die Bildung neuer Landwehr-Bataillone, ferner die Beschaffung vier neuer Cavallerie-Divisionen und ferner beachtlich werde, den dreizehnten Hauptmann bei den Infanterie-Regimenten zu ernennen. Im Weiteren soll die Bildung elfschloßbrügger Regimenter geplant sein und in dieser Beziehung der Statthalter von Elsaß-Lothringen bezügliche Vorschläge gemacht haben. Wir wollen diese Angaben in ihren Einzelheiten nicht vertreten, daß aber in dieser Richtung Verhandlungen schweben, darf mit Sicherheit angenommen werden.

Einen sehr schlechten Eindruck machen die Anforderungen zur Strafvollstreckung, die von Zeit zu Zeit von preussischen Gerichten gegen Angehörige eines anderen deutschen Bundesstaates erlassen werden und vollständig ergebnislos verlaufen. Unter dem 16. October macht wieder der erste Staatsanwalt am Landgericht zu Hildesheim bekannt, daß durch rechtskräftiges Erkenntnis des dortigen königl. Kreisgerichts zu Schleswig 16 näher bezeichnete Persönlichkeiten aus Hamburg wegen strafbaren Betriebes von Lotterielosen zu Geldstrafen von 250—1000 Mark oder zu Gefängnis von 25 bis zu 100 Tagen verurtheilt worden sind, und bittet, die Strafe im Verwahrungsfalle gegen dieselben zu vollziehen. Die Hamburger Behörden verweigern natürlich die Vollstreckung, da sie den Betrieb der Lotterielose ihres eigenen Staates unmöglich als strafbar ansehen können. Die Verurtheilten sind also geborgen, so lange sie sich ruhig in Hamburg halten. Aber was ist ihnen, wenn sie auf einem Spaziergange die Gasse entlang in eine der Straßen Altonas gelangen. Es wäre dringend wünschenswert, daß solchen Zuständen auf die eine oder andere Weise baldig ein Ende gemacht würde.

Die durch den neuen Zolltarif auf bisher vollfreie Waaren gelegten Hölle haben im Uebrigen, daß die Zollabfertigung stellen des Verkehrs nicht gewachsen sind. Specielle Beschwerden werden in Bezug auf den Berliner Posthof erhoben, wo sich die Unzulänglichkeit der vorhandenen Ein- und Ausladestellen bereits längst herausgestellt hat. Unzweifelhaft wird dies aber alsbald in gesteigertem Maße der Fall sein, da eine Menge Artikel, welche bisher als zollfrei an anderen Stellen entlastet wurden, für die Folge auf der Steuerliste des Posthofs entlastet und zur weiteren Steueramtlichen Abfertigung gebracht werden müssen. Die Kosten der Berliner Kaufmannschaft haben daher in dringender Weise an geeigneter Stelle den Wunsch zur Kenntniss gebracht, daß rechtzeitig für eine mögliche Erweiterung und Vermeerung der Ein- und Ausladestellen Sorge getragen werde.

Am vorigen Sonntag fand am Kirchhofe zu Brüssel die feierliche Einweihung des Denkmals für die in den Jahren 1870 und 1871 in Belgien verstorbenen deutschen Krieger statt. Der Feierlichkeit, bei welcher der Bürgermeister, der protestantische Prediger und Andere Nebenhielten, wohnten der deutsche Gesandte, die Spitze der Behörden, Mitglieder der deutschen Colonie sowie eine zahlreiche Menschenmenge bei.

Die Berichte über das Bestehen des deutschen Reichskanzlers nach Berlin werden in England mit kaum geringerer Aufmerksamkeit als in irgend einem Theile Deutschlands verfolgt. Was er für Deutschland geleistet, was er ihm wesentlich noch lange Zeit leisten wird, das wird von conservativen „Standards“ in warmen Ausdrücken den Engländern dargelegt. „An Feinden hat es ihm nicht gefehlt, selbst heute noch giebt es Leute, die behaupten möchten, daß er ein Fluch Deutschlands und eine Geißel Europas gewesen. Aber eine solche Behauptung könnte nur dann aufrecht erhalten werden, wenn man nicht nur außer Acht läßt, wie viele unmittelbaren Segnungen ihm beide zu verdanken haben, sondern welchem Schicksal das Reich und das britische Reich preisgegeben worden wären, wenn er, statt erfolgreich zu sein, mit seinem Plan inmitten des Verlaufs Schiffbruch erlitten hätte. ... Es giebt keinen Deutschen, der dieses Namens werth ist, der nicht je einmal höhere Steuern zahlen und dreimal längere Dienstpflicht leisten müßte, als daß er das erniedrigende Schicksal vom Anfange des Jahrhunderts wieder ertragen wollte. Für nationale Unabhängigkeit, Würde und Kraft muß ein Preis gezahlt werden; das deutsche Volk aber

es muß ihm zum Lobe nachgesagt werden — hat wenig Mühe genommen, sich den mehrfachen Opfern, die seine Einigung erforderte, zu entziehen.“

Die katholischen Bischöfe Irlands haben einen neuen öffentlichen Ruf erlassen, welcher die Bornehme öffentlichen Arbeiten an Staatskosten verlangt, um den in Irland drohenden Nothstand abzuwenden. Gegen 70 Parlamentsmitglieder, darunter einige conservativen, sandten dem Premierminister eine Vorstellung ein, die gleichfalls auf Abhülfe des Nothstandes und nöthigenfalls auf Einberufung des Parlaments zur Berathung dringt. Andererseits bildete sich in Irland eine einflussreiche Verbindung zu einer politischen Unternehmung, um den Nothstand zu beheben, daß die Gefahr eines Staatsbankrotts erscheinenden Nothstandes durchaus nicht vorliegt, die Zunahme der Armeezahl drohe wohl und sei bereits eingetreten, werde indessen das Maß der möglichen Selbsthilfe keineswegs überschreiten. Anticipand wiegt diese Ansicht in England vor; trotzdem gilt manmehr in Irland die Bewilligung der Staatskasse ansehend für ausgemacht.

Aus Petersburg, 9. November, wird gemeldet: Eine allerhöchste Verordnung regelt die Anwendung der Waffen durch die Polizei und Gendarmerie während der Erfüllung ihrer Amtspflicht und verfügt, daß der Gebrauch der Waffen beim Selbstschutze gegen Gewaltthaten, bei einem Anfälle in der Vertheidigung Anderer, sowie bei einem Anfälle während der Verhaftung von Verbrechern und der Verfolgung entlassener Arrestanten zulässig sei, dagegen könne von der Waffe bei einer Verletzung der Ordnung und Gendarmerie zur Wiederherstellung der Ordnung nur auf Anordnung der Polizeibehörde und zwar nach dreimaliger lauter Ermahnung der Tumulanten Gebrauch gemacht werden.

Nachrichten aus Samoa vom 21. September melden, daß es zwischen den Streitkräften Ralietoa's und denen der früheren Regierung zu einem Zusammenstoß gekommen sei, bei welchem der erstere den Sieg davongetragen hätte. Ralietoa habe im Auftrage Englands einen Vertrag mit Gordon abgeschlossen, dessen Hauptpunkt die Errichtung einer englischen Kohlenstation und Flottenboots in einer anderen Gegend als der von der amerikanischen Regierung gewählten bilde. — Zwischen Gordon, dem Capitain Chandler, dem Befehlshaber des amerikanischen Kriegsschiffes „Adams“ und dem deutschen Consul Weber ist eine Verabredung getroffen worden zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Apia; hiernach würde für die Municipalverwaltung eine Regierungsbehörde eingesetzt werden, die aus den in Apia anwesenden fremden Consuln und Residenten bestehen soll, deren Regierungen Verträge mit Samoa haben. Die Vertragsschließenden erkennen Ralietoa an und haben ihre amtlichen Beziehungen mit dessen Regierung aufgenommen.

Mittheilungen aus dem sächsischen Staatsbudget für 1880—1881.

Die Einnahmen des Glasfarbwerkes Oberbleibitz für zu verlaufende Produkte — Glasfarbfabrikate, Vitriolmetall, Bismuth — sind mit 36,000 Mark höher als in der vorhergegangenen Finanzperiode eingestellt. Hierzu haben die zu steigende Production an Glasfarbfabrikaten und an Bismuth und die Preissteigerung für das letztere Metall Veranlassung gegeben. Die Marktpreise werden jedoch noch weiter herabgesetzt werden müssen.

Der Ertrag der Landeslotterie aus den Abzugsgeldern von den Lotteriegewinnen ist genau in derselben Höhe wie in den Jahren 1878—1879 — 3,917,160 Mark jährlich — etabliert. Die Nebeneinnahmen an unabhöhenen Gewinnen, Strafgebühren u. dergleichen betragen um 10,000 Mark geringer, weil die Einnahme an unabhöhenen Gewinnen sich mit jedem Jahre mindert. Die Lotteriedarlehenskasse soll nach dem Budgetgesetz der Regierung an Zinsen und Provisionen in den Jahren 1880—1881 8000 Mark mehr, im Ganzen jährlich 158,000 Mark erbringen.

Unter der Rubrik „Directe Steuern“ erscheint zunächst die Grundsteuer mit einem jährlichen Ertrag von 2,697,200 Mark gegen 3,628,150 Mark in der Periode 1878—1879, also um den Betrag von fast 1 Million Mark jährlich weniger. Die auszuhebbende Grundsteuer soll nach 4 Pf. auf die Einheit erhoben werden.

Die Einkommensteuer ist mit einem Ertrage von jährlich 17,349,860 Mark jährlich, darunter 5,783,287 Mark transitorisch, gegen 13,649,500 Mark in der Periode 1878/1879 eingestellt, und es ist hierzu im Budget Folgendes bemerkt: Nach den Ergebnissen der Einkünfte zur Einkommensteuer im Jahre 1879 hat die Gesamtsumme der Normalsteuerhöhe 11,890,473 Mark betragen und ist mithin hinter dem Vorausschlage